

Wahlprogramm der FDP Hamburg 2011

- Beschluss vom 20. und 27.12.2010 sowie 10.01.2011 -

Stand: 10. Januar 2011

Status: Beschluss des Landesparteitags vom 20. Dezember sowie des Landesvorstands vom 27. Dezember 2010 und 10. Januar 2011 (ghh).

Inhalt

- I. Freiheit in Verantwortung
- II. Vielfältige Schullandschaft und frühkindliche Bildung
- III. Wissenschaft und Forschung
- IV. Kinder- und familienfreundliche Stadt
- V. Arbeitsplätze und Wirtschaft
- VI. Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Verkehr
- VII. Haushalt und Finanzen
- VIII. Stärkung von Demokratie und Bürgersinn
- IX. Bürgerrechte und Innere Sicherheit
- X. Umwelt und Lebensqualität
- XI. Kultur
- XII. Medien
- XIII. Sport
- XIV. Gesundheit und Verbraucherschutz
- XV. Integration
- XVI. Menschen mit Behinderung
- XVII. Seniorenpolitik
- XVIII. Hamburg in Europa und der Welt

I. Freiheit in Verantwortung

Liberales Politik für Hamburg – warum Hamburg die FDP braucht.

Hamburg - eine moderne liberale Stadt

Wir Liberalen wollen dem einzelnen Menschen möglichst große Freiheitsräume eröffnen und so seine Möglichkeiten zu **mehr Selbstbestimmung** erweitern.

Ein gutes Beispiel liefert die jüngste Diskussion um die Schulpolitik in Hamburg. Der Streit zwischen dem schwarz-grünen Senat und der Initiative „Wir wollen lernen“ ging darum, ob den Schülern eine vierjährige oder eine sechsjährige Grundschule staatlich verordnet werden solle. Die FDP hat sich dagegen gewandt, die sechsjährige Grundschule verbindlich zu machen, sich aber zugleich dafür eingesetzt, den Eltern ein Wahlrecht zwischen beiden zu lassen. Die Freiräume, die wir Liberale wollen, sollen allen dienen. Gerade die Schulpolitik liefert hierfür Beispiele: welche kindliche Früherziehung gewünscht wird, welche Kindertagesstätten in Anspruch genommen werden sollen oder für welche Schulen sich Eltern entscheiden - solche Wahlmöglichkeiten sind oft maßgeblich für Lebensentwürfe der Eltern und immer für die Zukunft ihrer Kinder. Zu allen Bildungsfragen hat die FDP in ihrem Wahlprogramm liberale Antworten entwickelt.

Wir streben danach, den Menschen so oft wie möglich solche Entscheidungsfreiräume zu eröffnen.

Freiheit verlangt Verantwortung

Bürgerbeteiligung und Demokratie stärken!

Bei der Wahrnehmung von Entscheidungsfreiheiten die Freiheit der anderen zu wahren, Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen und in Verantwortung für andere und die Allgemeinheit zu handeln, nennen wir Liberalismus. Im sozialen Gefüge, in dem wir alle leben, ist Selbstbestimmung oft nur in der Form der Mitwirkung an solchen Entscheidungen möglich, von denen wir selbst betroffen sind. Bei dieser Mitwirkung muss uns Verantwortung für uns und die Gesellschaft leiten. Die Abläufe in unserem demokratischen Gemeinwesen mit seinen komplexen Problemen reichen heute oft nicht mehr aus, rechtzeitig Einfluss zu nehmen. Daher bemühen wir Liberale uns darum, ergänzende Formen der **Bürgerbeteiligung** durch beständige Information über die Umsetzung von politischen Entscheidungen zu entwickeln.

In Hamburg gibt es eine überlieferte Form der Bürgerbeteiligung, die Deputationen. Das waren zu einer Zeit, als es noch keine Parteiendemokratie gab, Bürgerausschüsse, die die Fachbehörden in ihrem Tun beständig beobachteten und so für Transparenz sorgten. Heute werden sie von den Parteien nach dem Verhältnis ihrer Stimmen in der Bürgerschaft besetzt. Also ist hier der Staat die Beute der Parteien. Wir schlagen vor, die Deputationen durch Vertreter der Zivilgesellschaft zu besetzen und sie auch befristet jeweils eigens zur Begleitung von Großprojekten einzusetzen.

Bedrohungen der Freiheit haben neue Gestalt angenommen. Zwar bringt die **digitale Entwicklung** in jeder Hinsicht kreative Chancen, Effizienzgewinne und Beteiligungsmöglichkeiten, doch birgt sie auch Risiken. Nach wie vor sind wir Liberale die Wächter der Freiheit und wollen diese vor unnötigen Einschränkungen durch den Staat etwa im Namen der Sicherheit schützen. Doch entstehen durch Gewinnstreben und Kriminalität verbunden mit den technischen Möglichkeiten die Gefahren von Verletzung der Privatsphäre, Manipulationen von Entscheidungen, Ausspähungen am Arbeitsplatz, wirtschaftlichen Betrügereien und manchem mehr. Erforderlich sind daher Rahmenbedingungen, die die Bürger in ihrer Privatsphäre und ihren individuellen Rechten vor unberechtigtem Zugriff schützen. Diese müssen Bürger und Staat gemeinsam schaffen.

Verantwortung ist die wichtigste Voraussetzung für alle diejenigen, denen in unserem demokratischen Gemeinwesen ein Mandat für politische Entscheidungen anvertraut wird. Hier hat unsere Stadt in der Vergangenheit gewichtige Fehlentwicklungen erlebt. Wir erinnern an die langjährige Regierungszeit der SPD, in der roter Filz wuchs, die Stadt lähmte und Entscheidungen parteiisch wurden. Der Wechsel zu CDU-geführten Senaten zeigte nach kurzer Zeit ähnliche Tendenzen. Zudem ist in dieser Zeit Verantwortung oft nur unzureichend wahrgenommen worden, so etwa beim Umgang mit der HSH-Nordbank, wobei verantwortliche Politiker sich als Zauderer erwiesen oder als befangen angesehen wurden. Entscheidungen um das Projekt Elbphilharmonie ließen Professionalität vermissen und Planungen wie die zur Verlegung der Universität oder den Bau einer Stadtbahn zeugten eher von mangelndem Augenmaß als von politischer Vernunft.

Die Bevölkerung misstraut daher den Parteien und ihren Vertretern. Weite Teile verachten Politiker und so gerät der demokratische Staat in Misskredit. Gemeinschaftseigentum und Steuergeld wurden für Prestigeobjekte und Wahlversprechen verschleudert, die Staatsschulden in die Höhe getrieben und damit der politische Handlungsspielraum künftiger Generationen in unangemessener Weise eingeschränkt. Verantwortungsbewusstes Handeln sieht anders aus. Wir wollen eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Haushaltspolitik, die sich sparsam, umsichtig und generationsbewusst den Kernaufgaben widmet.

Wir Liberale in Hamburg wollen, dass Politik wieder redlich ist, und wir verurteilen Verstöße gegen dieses Prinzip auch dann, wenn sie unter Mitverantwortung unserer eigenen Partei zustande kommen.

Hamburg – Stadt der vielfältigen Chancen

Die Ökonomen sind sich darin einig, dass die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands von seinem Rang in der weltweiten Wissensgesellschaft abhängen wird. Für Hamburg mit seinen vielfältigen Außenwirtschaftsbeziehungen bedeutet dies, dass neben der Hafenwirtschaft der Entwicklung kreativer Potenziale in Feldern wie IT, Gesundheitswesen, Medien und Transportdienstleistungen herausragende Bedeutung zukommt.

Kreativität und Freiheit können ohne **wirtschaftliche Freiheit** nicht angemessen gelebt und finanziert werden. Unser System muss den Unternehmen die Möglichkeiten bieten, aus eigener Kraft wirtschaftliche Erfolge zu entwickeln. Dazu gehören eine gute Infrastruktur, wenig Bürokratie und finanzielle Unterstützung in Form von Risikokapital für aussichtsreiche und für innovative Existenzgründungen. Es bedarf ebenfalls fähiger Menschen als Träger dieser Potenziale und daher muss Hamburg

bemüht sein, solche Menschen auszubilden und sie in Hamburg zu halten bzw. weitere anzuziehen. Solche Fachkräfte wünschen sich ein Umfeld, das sie selbst gestalten können und das ihnen Anregungen gibt. Die Stadtentwicklungspolitik ist eines der Instrumente, die hier einzusetzen sind, um vielfältige Optionen für Wohnen und Wirken zu schaffen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik, die das Augenmerk besonders auf die Bedürfnisse junger Familien richten muss.

Liberale sind aufgeschlossen für **unterschiedliche Lebensentwürfe**, dieses spiegelt sich in der Toleranz gegenüber modernen Familienkonzepten, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, Zuwanderung und alternativen Lebensformen wider. Vielfalt ist aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht ein innovativer Wert, der durch eine gute Bildungsgrundlage Chancen eröffnet und fördert.

Bildung ist für Liberale ein Bürgerrecht, der Schlüssel zur Aufklärung und zur Freiheit. Bildung sollte möglichst früh beginnen, nachhaltig aufgebaut und motivierend gestaltet werden. Für das Bildungswesen wollen wir, dass sich Strukturen nachfrageorientiert und leistungsbewusst entwickeln können. Bildungseinrichtungen brauchen für gute Ergebnisse eine weitreichende Autonomie, die der Kreativität der Beteiligten Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet und effizientes Arbeiten zulässt.

Die gesellschaftliche Notwendigkeit zur **lebenslangen Weiterqualifizierung** entwickelt sich aus der Wissensgesellschaft. Hier liegt auch eine neue Aufgabe für die Hochschulen. Wir wollen eine Initiative anregen, in der Staat, Wirtschaft, Kammern und geeignete Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenwirken, um unsere Stadt zu einem herausragenden Zentrum für die Aus- und Fortbildung von Fachkräften zu machen. Dazu ist ein Netzwerk neuer und bestehender Einrichtungen zu schaffen, das dem Einzelnen die modulare Zusammenstellung individueller Aus- und Fortbildung gestattet. Auch andere Formen der Zusammenarbeit müssen intensiver werden, um den wechselseitigen Nutzen von Forschung und Wirtschaft zu mehren. Parallel dazu muss die Stadt danach streben, wissenschaftliche Einrichtungen nach Hamburg zu ziehen. Auch hier liegt, wie das Beispiel DESY in Bahrenfeld zeigt, eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklung.

Wir Liberale haben in der Vergangenheit in der **Kultur- und Bildungspolitik** bewiesen, dass wir die Spielräume zu schaffen vermögen, in denen kreative Potenziale von Wissenschaft und Kunst gedeihen. Wir haben die TUHH durchgesetzt und mit FDP-Kultursenatoren war Hamburg jeweils eine Kulturmetropole.

Für **Kunst und Kultur** in Hamburg ist eine Politik, die autonome Gestaltung ermöglicht, aus sehr verschiedenen Gründen von Bedeutung. Freiheit ist die Grundvoraussetzung für künstlerische Kreativität und die Aufgabe von Kulturpolitik ist es, die Räume für die Entstehung von Kunst und das Wirken von Kreativität zu schaffen. Das trägt zugleich zu der Atmosphäre bei, die auch die kreativen Köpfe in Wissenschaft und Medien sich wünschen. und die durch eine liberale Politik nach Hamburg gezogen werden können. Das wiederum stärkt Hamburg als Metropole. Freiheit ist nicht nur für das Entstehen von Kunst, sondern auch für deren Vermittlung durch Theater, Museen, Ausstellungen oder andere Veranstaltungen eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg. Staatliches Handeln muss sich daher im Wesentlichen auf Kulturverwaltung beschränken. Besondere Gefahr droht, wenn finanzielle Instrumente dazu missbraucht werden, unliebsame politische Botschaften, die sich der Kunst bedienen, zum Schweigen zu bringen

Der **zunehmende Anteil älterer Menschen** an unserer Bevölkerung wird uns alle vor erhebliche Herausforderungen stellen. Auch für die älteren Menschen wollen wir unsere Stadt lebenswert gestalten. Es wäre eine völlig falsche Politik, hierbei maßgeblich auf den Staat zu setzen. Das würde seine finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen und auch zu Leistungsformen führen, die die Freiheit der Menschen vernichten. Es gibt vielfältige Ansätze von Selbstorganisation, die unter den Älteren selbst oder über die Generationen hinweg angelegt sind. Auch hier auf die Gestaltungskraft der Betroffenen zu vertrauen, solche Ansätze zu fördern und durch Beratung der Interessenten zu ihrer Verwirklichung beizutragen, ist eine wichtige Aufgabe einer liberal geprägten Sozialpolitik, weil diese auch die Entscheidungsmöglichkeiten der älteren Menschen erweitert. Das bedeutet aber auch, dass der Staat Rahmenbedingungen der Fürsorge für die Menschen schafft, die aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen bzw. die entsprechende Familienstrukturen nicht haben.

Liberale Umweltpolitik ist verantwortungsbewusst der Natur, den kommenden Generationen und den jetzt lebenden Menschen gegenüber. Sie will Ressourcen schonen, Vielfalt erhalten und Natur schützen. Sie soll grüne Freiräume innerhalb der Stadt erhalten, die den Bürgern zur Naturerfahrung, Erholung und Bewegung dienen.

Energiepolitik soll entsprechend angelegt und nachhaltig, effizient und umweltverträglich sein. Hier ist die Aufgabe, die energetischen Potenziale der Stadt, die in unterschiedlichen Formen vorhanden sind, aktiv zu nutzen. Liberale Politik unterstützt und fördert das private und kommunale Interesse, dezentrale Energieanlagen zu nutzen, um Einsparungen von Ressourcen zu erreichen.

Vertrauen Sie uns! In diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten und bei leeren Kassen verbietet es sich noch mehr als sonst, Wohltaten zu versprechen. Wir sagen Ihnen, nach welchen Maßstäben wir entscheiden und handeln wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Sie mit Ihrer Stimme an der Wahlurne möglichst wenig Freiheit abgeben.

II. Vielfältige Schullandschaft und frühkindliche Bildung

FDP wählen bedeutet, den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzubringen. Zudem will die FDP mehr Unterrichtsqualität durch selbstverantwortete Schulen sowie eine stärkere Förderung leistungsschwacher und hochbegabter Schüler. Wir fordern, Eignungstests für Lehramtsstudenten nach skandinavischem Vorbild an der Universität Hamburg einzuführen, um die Auswahl und Qualität der zukünftigen Lehramtsstudenten bereits am Start des Studiums zu verbessern. Außerdem treten wir dafür ein, das System der Aus- und Weiterbildung nachfrageorientiert auszugestalten.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Für ein vielfältiges Schulangebot und das Wahlrecht der Eltern.
- Für mehr Qualität im Unterricht.
- Chancengerechtigkeit für alle Schüler.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Schulpolitik wurde gegen die Eltern gemacht mit Unterstützung der parlamentarischen Opposition. Das Hauptproblem der hohen Abbruchquoten wurde nicht gelöst, der Zugang zur besonders wichtigen frühkindlichen Bildung erschwert.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Frühförderung ist eine Zukunftsinvestition. In den ersten fünf Lebensjahren werden die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt. Daher setzt sich die FDP Hamburg für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab einem Jahr ein.
- Die Gebührenfreiheit für das letzte Kita-Jahr ist zu gewährleisten, die gesamte Kita-Beitragsfreiheit stufenweise einzuführen, damit mögliche finanzielle Barrieren für die Familien abgesenkt werden.
- Kitas und Schulen sind stärker miteinander zu vernetzen. Deshalb ist das Vorhaben „Lernen vor Ort“ auch zu unterstützen. Allerdings hat ein weiterer Bürokratieaufbau dabei zu unterbleiben. Die Zuständigkeit für die Kindertagesbetreuung ist in die Bildungsbehörde zu verlagern.
- Die FDP Hamburg will einen sofort verbindlichen und kostenfreien Besuch einer „Starterklasse“ für alle Fünfjährige in Kitas oder Vorschulen und damit eine vorgezogene Schulpflicht ab fünf Jahren.
- Die Gruppengröße in Kitas und Krippen ist zu senken. Zugleich ist die Anwesenheit von zwei Fachkräften in den Kita/Krippen-Gruppen und Grundschulklassen zu gewährleisten.
- Die Sprachförderung in Kitas/Krippen und Schulen ist weiter auszubauen, damit alle Kinder einwandfreie Deutschkenntnisse erlangen. Bei allen Kindern werden im Alter von drei und viereinhalb Jahren Entwicklungsstanduntersuchungen durchgeführt. Wenn erforderlich, erfolgt eine gezielte kostenlose Förderung.

- Die FDP Hamburg steht für die Einhaltung des Volksentscheids gegen die Zwangseinführung der Primarschule. Grundlage für künftige Entscheidungen sind die Empfehlungen der Enquete-Kommission aus dem Jahre 2007. Das bedeutet, die FDP Hamburg steht strukturell für ein „Zwei-Säulen-Modell“ bestehend aus Stadtteilschulen und Gymnasien unter Beibehaltung des Elternwahlrechts.
- Wir treten für eine Durchlässigkeit zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien ein.
- Es müssen klare und verständliche Benotungssysteme für die Leistungen der Schüler verwendet werden.
- Ganztagschulen sind als Angebotsschulen flächendeckend zu ermöglichen.
- Schulen, die die Primarschule langfristig erproben wollen, können bei der Behörde für Schule und Berufsbildung durch Beschluss ihrer Schulkonferenz eine Genehmigung beantragen. Diese soll nur erteilt werden, wenn der Erprobungszeitraum begrenzt und sichergestellt ist, dass eine flächendeckende Versorgung mit Grundschulen in allen Schulregionen gewährleistet ist, die curriculare und organisatorische Anschlussfähigkeit an die Gymnasien und Stadtteilschulen gewährleistet und der Schulversuch wissenschaftlich begleitet sowie ergebnisoffen evaluiert wird.
- Die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen werden auf der Grundlage einer verbindlich festgelegten, aber variablen Lehrer-Schüler-Relation flexibilisiert und damit die Selbstverantwortung der Schule gestärkt. Alle Hamburger Schulen erhalten zusätzlich vor Ort verbindliche psychologische und sozialpädagogische Unterstützung in Form einer qualifizierten Ansprechperson.
- Die FDP Hamburg steht für Bildungsvielfalt. Denn Bildungsvielfalt garantiert einerseits dem Einzelnen, dass er entsprechend seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten lernen kann, und sichert andererseits die Bildungsqualität. Vielfalt ist jedoch nur möglich, wenn die Schulen selbstverantwortlich handeln können, also eigene Profile, Ideen und Konzepte umsetzen können.
- Die FDP Hamburg will die Stärkung individueller Schulprofile durch Gleichbehandlung von Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft durch Einführung eines Bildungsgutscheins erreichen.
- Selbstverantwortete Schulen benötigen auch Handlungsspielräume in personeller Hinsicht. Dabei spricht sich die FDP dafür aus, den Beamtenstatus für Lehrer abzuschaffen.
- Das Hamburger System der selbstverantworteten Schulen wird weiter ausgebaut. Dazu gehört eine Professionalisierung des Schulmanagements und der Schulverwaltungen, unter anderem durch Zuweisung von ausgebildetem Verwaltungspersonal an die Schulen, um Lehrer von zweckfremden Tätigkeiten zu entlasten. Die Steuerung der Schulen erfolgt über Rahmenvorgaben und Zielvereinbarungen.
- Die Lehrerausbildung wird verbessert. Zur Hebung und Sicherung der Schulqualität wird im Rahmen einer gezielten Personalentwicklung der Lehrkräfte ein kontinuierliches Fort-, Weiterbildungs- und Begleitsystem aufgebaut, das für alle Beteiligten verpflichtend ist.

- Es wird ein umfassendes Bildungsmonitoring über Leistungen und Qualitäten der Schulen eingeführt, das für eine zeitnahe und transparente Information aller an den Schulen beteiligten und interessierten Bürgerinnen und Bürger sorgt.
- Durch klar formulierte und kommunizierte Bildungsstandards sowie realistische Zielsetzungen wird das Schulsystem entlastet und Zeit für eine nachhaltige Entwicklung und Etablierung von Schulqualität gegeben.
- Im Mittelpunkt von Bildungsplänen steht die Vermittlung eines klar festgelegten Wissenskanons.
- An allen Hamburger Schulen wird ein Qualitätsmanagement in den Dimensionen Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung eingeführt.
- Viele Schüler ohne Abschluss und hohe Abbruchquoten in den Berufsfachschulen sind ein zentrales bildungspolitisches Problem. Daher treten wir für die Umsetzung eines ganzheitlichen Förderprogramms von leistungsschwachen Schülern mit einem Ausbau der individuellen und bedarfsorientierten Bildungsförderung auf allen Bildungstufen ein.
- Die Integration verhaltensauffälliger Kinder soll intensiviert werden.
- Für die Umsetzung der gesetzlich eingeführten Inklusion von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen die betroffenen Schulen mit den dafür nötigen Sonderpädagogen ausgestattet werden.
- Für praktisch orientierte Schüler soll das Angebot wöchentlicher Praxislertage in kooperierenden Unternehmen erweitert werden.
- Die Bildungsberatung und –information soll effizienter und niedrigschwelliger gestaltet werden und nach Bedarf neue Informationskanäle nutzen.
- Ausbildende Betriebe beklagen seit Jahren die mangelnde Ausbildungsreife von Schulabgängern. Schulen müssen sich diesem Problem stellen und wieder mehr Wert auf Leistung, Fleiß, Disziplin und Teamfähigkeit legen.
- Das Wissen von Schülern über wirtschaftliche und finanzielle Sachverhalte ist viel zu gering. Der Anteil von Themen aus den Bereichen Wirtschaft/Finanzen soll deshalb in geeigneten Fächern deutlich ausgebaut werden.
- Aus- und Weiterbildung sind ein lebenslanger Prozess und bilden eine wichtige Grundlage zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Dementsprechend soll die Vernetzung der zuständigen Institutionen sowie die Gründung neuer privatwirtschaftlicher Einrichtungen gefördert und ausgebaut werden.
- Aus- und Weiterbildung sollen sich an der Nachfrage ausrichten. Kunden sollen das Lehrangebot und die Strukturen von Bildungsanbietern so beeinflussen, dass berufsqualifizierende Abschlüsse schnell und effizient erreicht werden können.
- Ausbildungsgänge sollen grundständig sein und für einen Beruf qualifizieren. Spezialisierungen müssen durch darauf aufbauende Bildungsgänge erfolgen. Auf diese Weise wird es möglich, dass ein jeder von jedem Abschluss aus weitere notwendige Spezialisierung erreichen kann.

- Mittels Einführung eines individuellen Bildungsbudgets durch Auflage eines Bildungsfonds sollte sich der Einzelne an seiner Aus- und Weiterbildung auch finanziell beteiligen. Die Finanzierung der Studiengebühren und Ausbildungsbeiträge sollte dabei primär über Stipendien und nur als ultima Ratio über Darlehen erfolgen.

III. Wissenschaft und Forschung

FDP wählen bedeutet, Wissenschaft und Forschung als bedeutendste Zukunftsinvestition zu betrachten.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Sanierung der Universität Hamburg am Hauptstandort Eimsbüttel.
- Weiterer Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg.
- Exzellenz-Center der Europäischen Union (EU).

Das Erbe von Schwarz-Grün: Es besteht hoher Sanierungsbedarf bei den staatlichen Hochschulen. Die Gründung der Hafencity-Universität (HCU) ist zu Lasten anderer Hochschulen erfolgt. Die Qualität von Forschung und Lehre sinkt im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die Universität Hamburg ist in Eimsbüttel, im Herzen der Stadt, weiterzuentwickeln. Grundlage dafür sind die Bedarfe der einzelnen Fakultäten, die anhand eines zukunftsfähigen Konzepts zu ermitteln sind.
- Der Standort der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) soll ausgebaut und die Fakultäten der Hafencity-Universität unter das Dach der TUHH zurückkehren.
- Die FDP Hamburg bekennt sich als einzige Partei klar zu Studiengebühren. Sie sorgen für Wettbewerb unter den Hochschulen und schaffen Leistungsanreize. Studiengebühren können in unterschiedlicher Höhe von den Hochschulen selbst festgelegt werden. Die Regeln für die Verwendung von Studiengebühren müssen klar, Verfahren dazu transparent sein. Den Studierenden ist dabei, wie an der Universität Hamburg auf zentraler Ebene bereits praktiziert, ein Veto-Recht einzuräumen.
- Die Fehler bei der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sind zu korrigieren: Vor allem die Praxisorientierung im Rahmen der Bachelorausbildung muss ausgebaut werden. Die Hochschulen sollen die Möglichkeit, die Regelstudienzeit beim Bachelor auf bis zu acht Semester zu verlängern, für jedes Fachgebiet prüfen.
- Das Masterstudium kann beginnen, wer den Bachelor erworben hat. Die Hochschulen können eigene Prüfungen und Mindeststandards als Zugangsbezeichnung festsetzen.
- Wir begrüßen die Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes und setzen uns für eine rasche Umsetzung ein: Wir wollen, dass die finanzielle Selbstständigkeit der Hochschulen gestärkt wird. Künftig sollen auf fünf Jahre angelegte Hochschulverträge dafür sorgen, dass die Hochschulen Planungssicherheit haben.
- Durch finanzielle Planungssicherheit wird auch die Qualität der Lehre gesichert, da z. B. die Neubesetzung von Lehrstühlen so besser geplant werden kann.

- Wir sprechen uns dafür aus, im Rahmen der Flächenentwicklung für Wohnen und Gewerbe auf dem Gelände der Trabrennbahn Bahrenfeld auch wissenschaftsnahe Einrichtungen zu berücksichtigen.
- Wir setzen uns ein für die Schaffung eines Lehrstuhls für frühkindliche Entwicklung und Bildung an der Hamburger Universität.
- Liberale setzen in der Forschung grüner Zukunftsangst Optimismus, produktiven Forscherdrang und Vertrauen in den Fortschritt entgegen. Dies gilt auch für neue Forschungsfelder in den Bereichen Bio- und Gentechnologie.
- Der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Hamburg ist durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft weiter zu fördern und auszubauen.

IV. Kinder- und familienfreundliche Stadt

FDP wählen bedeutet, die Metropole Hamburg als kinder- und familienfreundliche Stadt zu gestalten.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Sofortige Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung.
- Weiterer Ausbau und mehr Flexibilität der Kindertagesbetreuung.
- Unbürokratische Einrichtung von Betriebskindergärten.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Der Senat überfordert die Familien mit Gebührenerhöhungen. Die Stadt ist immer noch in weiten Teilen nicht barrierefrei. Fehlende Flexibilität in der Kindertagesbetreuung verhindert Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Wir setzen uns für Ausbau und Flexibilisierung einer qualifizierten Kindertagesbetreuung und -pflege ein. Darüber hinaus setzen wir uns für bessere Qualitätsstandards der Kindertagesbetreuungseinrichtungen ein. Die Anbindung der Hortbetreuung an Schulen darf nicht zu schlechteren Standards führen.
- Als ein wesentlicher Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Ganztagschulen als Angebotsschulen flächendeckend eingeführt werden. Es muss jedoch für alle Kinder auch weiterhin möglich sein, Halbtagschulen der unterschiedlichen Schulformen in zumutbarer Nähe besuchen zu können.
- Die Kita-Gebührenerhöhung des Jahres 2010 muss zurück genommen werden.
- Wir wollen eine Anpassung der Kindertagesbetreuungsdienste auch im zeitlichen Angebot an die berufliche Lebenswirklichkeit der Eltern in dieser Stadt.
- Qualifizierte Tagesmütter und –väter sind weiter ein wichtiger Bestandteil der Kinderbetreuung.
- Wir wollen uns gemeinsam mit den anderen Ländern dafür einsetzen, dass die Einrichtungen von Betriebskindergärten durch vereinfachte Gesetze erleichtert werden.
- Senioren und Eltern mit Kindern sollen sich mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mobiler bewegen können. Deshalb unterstützen wir einen barrierefreien Ausbau von zehn U-Bahn/S-Bahnstationen im Jahr.
- Uns ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsprozessen wichtig: Dadurch wird die Akzeptanz von Stadtentwicklungsprojekten erhöht. Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, in Jugendräten, Jugendparlamenten oder Projekten ihre Interessen zu formulieren und selbst einzubringen. Deshalb setzen wir uns für die konsequente Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Planungen und Maßnahmen ein, so wie im Bezirksverwaltungsgesetz verankert.

V. Arbeitsplätze und Wirtschaft

FDP wählen bedeutet, Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze in wirtschaftlich leistungsfähigen Unternehmen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Zügige Realisierung der Hafenuferspange und der Fahrrinnenanpassung der Unterelbe.
- Mittelstands- und kleinunternehmensorientierte Wirtschaftspolitik.
- Erhöhung der Standortqualität Hamburgs für Wirtschaft und Handwerk.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die wirtschaftlich notwendige Fahrrinnenanpassung der Unterelbe kommt nicht voran. Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens wird gefährdet. Der Fokus der Senatspolitik lag zu sehr auf Großunternehmen – dabei wurde der Mittelstand vernachlässigt.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die Bemühungen zur Fahrrinnenanpassung der Unterelbe sollten bei Entscheidungsträgern sowohl bei der EU-Kommission als auch in Niedersachsen verstärkt werden. Dabei müssen die langfristige Deichsicherheit gewährleistet sein und gesetzliche Vorgaben zum Umweltschutz eingehalten werden.
- Die Hamburg Port Authority (HPA) muss sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Projekte wie die Sanierung des Alten Elbtunnels und Dienstleistungen rund um den Hafengeburtstag können von privaten Firmen übernommen werden. Die Bewirtschaftung von Brücken und Straßen im Hafengebiet muss auch aus Steuermitteln und nicht nur aus Hafengebühren finanziert werden.
- Die Abschaffung des Freihafens darf nicht zu bürokratischen Lasten für die Hafenbetriebe führen. Die Umsetzungsverordnung muss vorliegen, damit sich die Hafenbetriebe in einem Zeitraum von zwei Jahren auf die neue Situation vorbereiten können.
- Zur Auswahl des Investors und Betreibers für den im Gebiet des mittleren Freihafens neu zu erstellenden Hafenumschlagsbetrieb oder Container-Terminal ist eine internationale Ausschreibung durchzuführen. Auf diesem Wege kann als Ergebnis des Vergabeverfahrens auch ein größerer Wettbewerb zwischen den Hafenumschlagsbetrieben im Hamburger Hafen erreicht werden.
- Wir werden unser Augenmerk verstärkt auf die kleinen und mittleren Unternehmen richten und günstige Rahmenbedingungen für Existenzgründungen setzen – das schafft Arbeitsplätze! Es müssen ausreichende Gewerbeflächen ausgewiesen werden.
- Marktbesucher sollen freien Zugang zu den Wochenmärkten behalten. Deshalb lehnt die FDP die bisher geplante Reduzierung der Tageszulassungen ab, wendet sich gegen ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen und fordert Transparenz bei der Gebührenfestlegung.
- Die Tourismuswirtschaft darf nicht mit zusätzlichen Abgaben belastet werden, eine wie auch immer geartete sogenannte „Bettensteuer“ wird es mit der FDP nicht geben.

- Die Zusammenführung von Hamburg-Marketing, Hamburger Wirtschaftsförderung und Hamburg Tourismus ist eine gute Ausgangsbasis, um die Hansestadt international besser zu vermarkten. Dabei ist darauf zu achten, dass es für die Interessen kleiner und mittlerer Betriebe – zum Beispiel die der für den Tourismus wichtigen Gastronomie – kompetente Ansprechpartner in der neuen Holding gibt.
- Die FDP setzt sich für eine Stärkung des Medienstandorts Hamburg ein. Die Medienwirtschaft ist immer noch eine der wichtigsten Branchen in Hamburg. Es muss verhindert werden, dass weitere Medienunternehmen – insbesondere Fernsehsender, Verlage und Teile davon – aus Hamburg in andere Metropolen Deutschlands abwandern.
- Mit der FDP wird der Industriestandort Hamburg wieder mehr Beachtung finden. Wir werden die Neuansiedlung von Industriebetrieben unterstützen, neue Industrieflächen ausweisen und die Umwandlung von bestehenden Industrieflächen nur insoweit zulassen als Ersatz an anderer Stelle geschaffen wird.
- Für das industriepolitisch bedeutende Airbus-Werk und den Werkflugplatz in Finkenwerder soll durch die Freie und Hansestadt Hamburg zeitnah wirksames Planrecht geschaffen werden, um den Standort langfristig zu sichern und aus dem Konflikt mit gegenwärtig nicht zu klärenden Stadtentwicklungsfragen zu befreien.
- Die Hamburger Energiepolitik und Anstrengungen zum Ressourcenschutz müssen in nationale und internationale Rahmenbedingungen eingebettet sein. Wir sehen Kernenergie nur als Brückentechnologie und streben einen möglichst schnell machbaren Übergang zu erneuerbaren Energiequellen an. Auf diesem Weg müssen die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Industrie gewährleistet bleiben.
- Das Strom- und Fernwärmenetz in Hamburg sollte schon aus Kostengründen nicht von der Stadt gekauft werden.
- Der Wissenstransfer aus Wissenschaft und Forschung muss ausgebaut und gerade für den Mittelstand nutzbar gemacht werden. Mittelständische Betriebe können sich in der Regel keine eigene Forschungsabteilung leisten – die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist für sie besonders wichtig. Die FDP will deshalb eine enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft unter Einbeziehung der maßgeblichen Institutionen wie Hamburg Innovation. Die Selbstständigkeit der Hochschulen ist dabei eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau lokaler Netzwerke mit der Wirtschaft.

VI. Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Verkehr

FDP wählen unterstützt eine Verkehrspolitik mit Augenmaß, eine gleichgewichtige Stadtentwicklung zwischen Innenstadt und Außenbezirken sowie die gezielte Schaffung von Wohnraum für junge Familien.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Stadtentwicklung für alle Stadtteile und nicht nur für Hamburgs Zentrum.
- Eine ideologiefreie Verkehrspolitik, keine Stadtbahn in Hamburg.
- Bezahlbarer Wohnraum besonders für junge Familien.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Familien. Hamburgs Straßen verrotten. Der Senat legt zu viel Schwergewicht auf Innenstadt und Hafen-City.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Hamburgs Nebenzentren müssen in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gestärkt werden, um damit ein weiteres Auseinanderdriften der Stadtteile zu verhindern. Das Konzept der integrierten Stadtteilentwicklung greift zu spät in negative Entwicklungen ein. Außerdem sollten den Bezirken mehr Kompetenzen übertragen werden.
- Aufbauend auf ein Verkehrsmodell muss ein Gesamtverkehrskonzept (ehem. Generalverkehrsplan / Verkehrsentwicklungsplan) für Hamburg und die Metropolregion erstellt werden. Die Verkehrsträger Schiene, Straße, Wege und Wasser sind als überregionale und auch innerstädtische Bedingungen einzubinden, mit dem Ziel zukünftige Mobilitätsbedürfnisse sozial, ökologisch und ökonomisch zu befriedigen. Dieses Verkehrskonzept und darauf abgestimmte Pläne zum Mobilitäts- und Verkehrsmanagement sollen bis 2013 vorliegen.
- Für Hamburgs Freie Demokraten bedeutet eine moderne Großstadtmobilität, Interessen des Individualverkehrs und des Öffentlichen Nahverkehrs miteinander in Einklang zu bringen.
- Wir wollen Verkehrsleitsysteme ausbauen und Staus reduzieren, überflüssige Verkehrsschilder abbauen und die Abzocke bei Parkstrafen beenden. Die Einführung einer City-Maut lehnen wir ebenso wie die Schaffung einer Umweltzone ab. Die Hamburger Verkehrsmessstationen zeigen regelmäßig auf, dass die Grenzwerte zur Einrichtung einer Umweltzone nicht überschritten werden.
- Die FDP lehnt die geplante Stadtbahn ab. Diese ist zu teuer und wäre im bestehenden System ein Fremdkörper.
- Im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes hält die FDP den konsequenten Einsatz von Hybridbussen sowie den Ausbau bestehender S- und U-Bahnstrecken, wie z. B. in Richtung Ahrensburg und Lüneburg, für vordringlich. Hierbei können auch Ausfädelungen aus dem derzeitigen Schnellbahnsystem in Betracht kommen.

- Die FDP bekennt sich zu den politischen Versprechen, die nördlichen Großraumsiedlungen, wie z. B. Steilshoop, sowie die Arenen, die westlichen Großraumsiedlungen Lurup und Osdorfer Born und die südlichen Gebiete unserer Stadt besser verkehrstechnisch anzubinden. Jeder Stadtteil erfordert hierfür eigene Lösungen.
- Die FDP strebt langfristig die Nutzung der Güterumgebungsbahn auch für den Schnellbahnverkehr an, um dort eine Querverbindung von Eidelstedt über Groß Borstel, Alsterdorf, Barmbek und Hamm nach Rothenburgsort zu schaffen. Zu diesem Zweck soll die Güterumgebungsbahn durchgängig zweigleisig ausgebaut werden, was den Bürgern auch einen Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen gibt.
- Die Hamburger Radwege benötigen einen umfassenden Neu- und Ausbau, damit immer mehr Nutzer auf diese umweltverträgliche Verkehrsart umsteigen. Mittel- und langfristig wird somit eine Infrastruktur aufgebaut, die unabhängig von fossilen Brennstoffen ist, gleichzeitig die Gesundheit und das grundlegende Mobilitätsverhalten positiv beeinflusst. Insbesondere ist der Ausbau von Radfahrstreifen zu befördern.
- Die Barrierefreiheit des ÖPNV ist weiter auszubauen und die öffentlichen Verkehrsmittel sind im Hinblick auf die aktuellen Umweltaforderungen und verfügbaren Techniken (Vorbildfunktion des ÖPNV) anzupassen.
- Die Angebote zum Park & Ride sowie Bike & Ride in Hamburg sind auszubauen.
- Die FDP lehnt die Einführung von Gemeinschaftsstraßen ab, da sie für die Verhältnisse in der Großstadt kaum geeignet sind und zudem von Sehbehinderten durch die mangelnde Struktur der Verkehrsverteilung als erhebliches Problem erfahren werden.
- Bei der Güterabwägung zwischen Zersiedelung der Landschaft und Verdichtung innerstädtischer Flächen muss die Verdichtung im Interesse der besseren Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen eine deutlich höhere Priorität haben.
- Industrie- und Verkehrsbrachen müssen umgewidmet und saniert werden. Altlasten / Kontaminationen sind zu beseitigen. Die Kosten dürfen dabei nicht das entscheidende Kriterium sein, wenn es um die Zukunft der Stadt geht. Altlasten sind auch finanzielle Altlasten, die nirgendwo bisher bilanziert sind, also im Interesse der künftigen Generationen alsbald getilgt werden müssen.
- Der jetzt geplante südliche Verlauf der Hafenquerspange ist aus ökologischer und verkehrstechnischer Sicht abzulehnen. Die FDP steht weiterhin zur nördlichen Variante.
- Bezahlbarer Wohnungsbau ist im Wesentlichen zu erreichen, indem das Wohneigentum gestärkt wird, die Stadt bei den Grundstückspreisen auch die stadtentwicklungspolitischen Prioritäten beachtet und Standards bei der Modernisierung von Altbauten nicht weiter erhöht. Außerdem sollte bei der Planung (Beispiel „Neue Mitte Altona“) auf die Erfordernisse von privatem und genossenschaftlichem Wohnungsbau besser eingegangen werden.
- Wir fordern, die vom Senat betriebene Soziale Erhaltungsverordnung für St. Georg und St. Pauli zu stoppen und nicht umzusetzen.

VII. Haushalt und Finanzen

Sie sollten die FDP wählen, weil es nur mit der FDP eine grundsätzliche Wende in der Haushaltspolitik geben wird. Für die Zukunft der Stadt ist eine kritische Betrachtung der Einnahmen und Ausgaben erforderlich.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Sanierung des Haushalts durch Einsparungen, nicht durch Abgabenerhöhungen.
- Schwerpunkte setzen statt unkoordiniert Sparpakete schnüren.
- Notwendige öffentliche Investitionen sicherstellen.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Hamburg sitzt auf einem Schuldenberg von mehr als 25 Mrd. Euro (Haushalt). Laufende Ausgaben steigen, notwendige Investitionen werden gekürzt. Der Senat ist mit seinem Konzept zur Haushaltskonsolidierung gescheitert. Die Schulden übersteigen das vorhandene Vermögen und die Differenz wird immer größer.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die FDP fordert eine grundsätzliche Wende in der Haushaltspolitik. Die laufenden Ausgaben sind zurückzufahren, hingegen die Investitionen für die Zukunftssicherung unserer Stadt auf dem aktuellen Niveau fortzuführen. Auch größere Instandhaltungsmaßnahmen dürfen nicht mehr als Investitionen gebucht werden, sondern gehören in den laufenden Haushalt.
- Um die laufenden Ausgaben zurückzuführen, ist die Absenkung der Personalkosten durch strukturelle Eingriffe in der Organisation und Verwaltungsstruktur aller Behörden unumgänglich. Als Sofortmaßnahme fordern wir eine Sperre jeder zweiten freiwerdenden Stelle. Schulen, Polizei, Feuerwehr, Staatsanwaltschaft und Gerichte sowie die Bezirksämter und die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) sind von dieser Vorgabe auszunehmen. Es ist umgehend eine vorgangsorientierte Organisation einzuführen. Die bisher üblichen Doppel- und Mehrfachbefassungen sind durch eine neue Verantwortungsstruktur abzubauen. Die Anzahl der Fachbehörden ist zu reduzieren und die Aufgabendurchführung ist weitgehend auf die Bezirksämter zu verlagern.
- Im Öffentlichen Dienst ist eine leistungsorientierte Bezahlung einzuführen.
- Alle Beteiligungen der FHH an öffentlichen Unternehmen gehören tabulos auf den Prüfstand, ob sie zur Daseinsvorsorge oder aus strategischen Gründen zwingend erforderlich sind bzw. ob aus ordnungspolitischen Gründen eine Privatisierung geboten ist. Die nicht benötigten Beteiligungen sind zu veräußern, die Erlöse ausnahmslos für die Entschuldung der Stadt zu verwenden, um die Belastungen des Haushalts durch Zinsaufwendungen dauerhaft abzusenken.
- Alle nichthoheitlichen Tätigkeiten und Leistungen des Staates sind grundsätzlich mit dem Ziel zu untersuchen, ob eine Ausschreibung und Vergabe an private Unternehmen zu kostengünstigeren und bürgerfreundlicheren Lösungen führt.
- Privatisierungen sollen nur durchgeführt werden, wenn dadurch der Wettbewerb gefördert wird.

- Mittel aus dem Kapital der öffentlichen Unternehmen sollen nicht weiter zur verdeckten Finanzierung von Staatsaufgaben verwendet und deren Rückstellungen für planbare, zukünftig anfallende Kosten nicht mehr direkt als übermäßige Gewinnausschüttung oder indirekt in den Staatshaushalt umgeschichtet werden.
- Für die HSH-Nordbank und andere risikobehaftete Beteiligungen wird eine Ausstiegsstrategie entwickelt, damit die Haftungsrisiken für die öffentliche Hand mittelfristig reduziert werden.
- Neue politische Programme bedürfen ausnahmslos einer soliden Gegenfinanzierung und werden somit sowohl unter Organisations- wie Finanzierungsvorbehalt gestellt.
- Die Umstellung der kameralistischen Haushaltsführung auf eine wirkungsorientierte Haushaltsplanung nach kaufmännischen Grundsätzen („Neues Hamburger Haushaltswesen“) ist beschleunigt voranzutreiben und in der nächsten Legislaturperiode abzuschließen. Besondere Priorität soll dabei die Umstellung der Budgetbewirtschaftung in den Bezirksverwaltungen auf das System von Zielvereinbarungen und Produkthaushalt haben und den Bezirken dann durch entsprechende Zielvereinbarungen mit dem Senat ein Höchstmaß an Eigenverantwortlichkeit ermöglicht werden.
- Auch die Bezirke sind in die Bemühungen um eine langfristige strukturelle Verbesserung der Finanzsituation in Hamburg einzubeziehen. Deshalb sollen die finanziellen Anreize der Bezirke, sich für mehr Einwohner und Wertschöpfung einzusetzen, deutlich ausgeweitet werden. Die Erteilung von Baugenehmigungen für Wohnraum und die Ansiedlung von Unternehmen sollen dabei zu erhöhten Zuweisungen führen, die von den Bezirksversammlungen für Maßnahmen im öffentlichen Raum verwendet werden können.
- Die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben darf nicht gesteigert werden. Deshalb muss der Haushalt durch Einsparungen und nicht durch Einnahmeerhöhungen saniert werden.
- Die FDP hält an dem Ziel einer stufenweisen Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf unter 400% fest und setzt sich im Rahmen der Föderalismusreform für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Vorrangig müssen die ertragsunabhängigen Komponenten bei der Gewerbesteuer abgeschafft werden.

VIII. Stärkung von Demokratie und Bürgersinn

FDP wählen bedeutet, Partei zu ergreifen für Bürger in Verantwortung – im Großen wie im Kleinen.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Kommunale Selbstverwaltung für die Bezirke in Hamburg.
- Bewahrung der direkten Demokratie.
- Unterstützung von Sozialpraktika für Schüler.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Der Senat schwächt die kommunale Selbstverwaltung. Der Senat zieht zu viele Planungsprozesse ohne Not per Evokation an sich.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die Möglichkeiten direkter Demokratie in Hamburg haben sich grundsätzlich bewährt und müssen bewahrt werden.
- Bei Bürgerbegehren und Volksentscheiden streben wir eine Verbesserung der Verfahren an, die zu mehr Transparenz und Klarheit für die abstimmenden Bürger führt. Die Quoren für Hamburg-weite Volksentscheide müssen dabei in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Die Einführung eines Zustimmungsquorums von 20% der Stimmberechtigten bei Bürgerentscheiden auf bezirklicher Ebene soll verhindern, dass sich eine lautstarke Minderheit über die Interessen der Mehrheit hinwegsetzt.
- Wir streben kommunale Selbstverwaltung für die Bezirke nach dem Vorbild von Berlin an. Die Bezirke müssen namentlich in der Verfassung erwähnt und ihre Kompetenzen dort geregelt werden.
- Als ersten Schritt der Erweiterung der Bezirkskompetenzen wollen wir einen Abbau von Doppelstrukturen in der Verwaltung und mehr Entscheidungsfreiheit der Bezirksversammlungen und der Bezirksverwaltung bei den ihnen zugewiesenen Budgets.
- Wir setzen uns für eine Einschränkung des Evokationsrechtes des Senates auf wenige Ausnahmen und ein einklagbares Widerspruchsrecht der Bezirke ein.
- Wir unterstützen Projekte, die in Kooperation mit dem Amt für Schule Schülern die Möglichkeit gibt, Sozialpraktika in sozialen Einrichtungen durchzuführen. Beispielhaft hierfür ist das Projekt „Sozial macht Schule“.

IX. Bürgerrechte und innere Sicherheit

FDP wählen bedeutet, dass Hamburg eine liberale, lebenswerte und sichere Stadt bleibt. Für Liberale ist von zentraler Bedeutung, den Bürgern Freiheit in Sicherheit zu gewährleisten.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Mehr Polizisten auf die Straße statt an den Schreibtischen.
- Stringente Beachtung der Bürgerrechte.
- Keine neuen Gesetze, sondern Umsetzung von bestehenden Regelungen.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Hohe Kosten beim Strafvollzug. Einsparungen bei der Feuerwehr und der Polizei. Flächendeckende Überwachung hat zu keinen Erfolgen geführt.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Eine Stellengarantie für den Polizeivollzugsdienst.
- Die Überprüfung der Polizeiorganisation mit dem Ziel, mehr Polizisten auf der Straße beim Bürger vor Ort und bei der Aufklärung von Straftaten einzusetzen.
- Die Computer der Kriminalpolizei sind mit einem Internetzugang auszustatten, um schnelle, zeitgemäße Informationen und Recherchen zu ermöglichen und Kriminalität im Netz verfolgen zu können.
- Die Überwachung des ruhenden Verkehrs soll ausschließlich durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) durchgeführt werden. Das entlastet die Polizei.
- Gesetze, die nur Sicherheit verheißen, aber nicht gewähren, beschränken die Freiheit unverhältnismäßig. Wir setzen uns für den Schutz der Intim- und Privatsphäre ein. Eingriffsgesetze sind deshalb laufend zu überprüfen und zeitlich zu befristen.
- Wir wollen keine flächendeckende Videoüberwachung, keine optische und akustische Wohnraumüberwachung, keine präventive Telefonüberwachung ohne konkreten Tatverdacht, keine Online-Durchsuchung von Computern und keine Vorratsdatenspeicherung ohne Anlass.
- Eine wirkungsvolle Prävention kann Straftaten verhüten. Kinder und Jugendliche müssen vor Straffälligkeit bewahrt werden.
- Wir fordern die Übertragung familiengerichtlicher Erziehungsaufgaben für Jugendliche auf den Jugendrichter und eine erzieherische Behandlung auffälliger, strafunmündiger Kinder.
- Als Erziehungshilfe schaffen wir die Möglichkeit, schwerdelinquente Jugendliche in geeigneten geschlossenen Einrichtungen unterzubringen. Dies kann in Kooperation mit anderen Bundesländern geschehen.
- Die Vorschläge und Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Fachkommission zur Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung müssen umgesetzt werden.

- Wir Liberale sind dem Rechtsstaat verpflichtet und werden trotz knapper Mittel die Funktionsfähigkeit der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Vollzugs-einrichtungen sicherstellen.
- Möglichkeiten einer Begrenzung der Ausgaben sehen wir u.a. in der Auflösung der bei der Justizbehörde eingerichteten „Arbeitsstelle Vielfalt“ sowie in einer Zusammenlegung der Oberlandes-, Oberverwaltungs-, Landessozial- und Landesarbeitsgerichte von Hamburg und Schleswig-Holstein.
- Darüberhinaus sollten verstärkt sogenannte Adhäsionsverfahren in der Verbindung von Straf- und Schadensersatzprozessen bei gleichem Lebenssach-verhalt durchgeführt werden.
- Die Haftanstalten in Hamburg sind nicht ausgelastet. Daher sollte die Justiz-vollzugsanstalt in Fuhlsbüttel geschlossen und auf dem Gelände Wohnungs-bau ermöglicht werden. Stattdessen sollten die Justizvollzugsanstalt Billwer-der sowie Vollzugsanstalten angrenzender Bundesländer stärker ausgelastet werden.
- Feuerwehr und Zivilschutz leisten einen wesentlichen Beitrag für die Sicher-heit und Unversehrtheit der Bürger und sind vom Stellenabbau auszunehmen.
- Wir fordern eine Budgetverantwortung für die Freiwilligen Feuerwehren sowie eine Entlastung der Feuerwehr von Brandschutz- und Kontrollaufgaben durch private Sachverständige.
- Wir erkennen anhand der Debatten über Bewertungsportale, soziale Netzwer-ke und Geodatendienste, dass das Datenschutzgesetz grundlegend erneuert werden muss.
- Ebenso bedarf es der Erneuerung des Online-Datenschutzes mit dem Ziel, Einwilligungs- und Widerspruchsrechte für den Anwender grundsätzlich zu verankern sowie einer Verstärkung der personellen Ausstattung des Daten-schutzbeauftragten.
- Bürger, insbesondere Jugendliche und Kinder, sind bezüglich des Umgangs mit ihren Daten und bezüglich ihrer Rechte auf freien Zugang zu allen behörd-lichen Informationen besser aufzuklären.
- Nur schnelles Recht ist gutes Recht. Gerichtsverfahren in Hamburg dauern zu oft zu lange. Wir wollen, dass die Strafen zeitlich schnell auf Straftaten folgen: Dafür müssen Strafverfahren beschleunigt werde. Um jugendliche Straftäter vor einem dauerhaften Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren, sprechen wir uns für einen „Warnschussarrest“ aus.
- Zum liberalen Weltbild der FDP gehört es, den unterschiedlichen Lebensent-würfen aller Bürger Freiraum zu schaffen. Kein Mensch darf wegen seiner se-xuellen Orientierung bzw. Identität diskriminiert werden. Die FDP sieht den weiteren Einsatz für die Rechte von Schwulen und Lesben als Aufgabe libera-ler Gesellschaftspolitik an.
- Die FDP Hamburg fordert die vollständige rechtliche Gleichstellung der Le-benspartnerschaft mit der Ehe. Das Bundeskabinett hat die Gleichstellung bei Grunderwerb- und Erbschaftsteuer bereits beschlossen. Ein Gesetzentwurf zur Gleichstellung im Beamten-, Richter- und Soldatenrecht befindet sich in der Ressortabstimmung.

X. Umwelt und Lebensqualität

FDP wählen bedeutet, sich besonders des nachhaltigen Schutzes biologischer Vielfalt und der Wahrung hoher Lebensqualität der Bürger anzunehmen.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Umwelthauptstadt 2011 muss konkrete Naturschutzprojekte nach sich ziehen.
- Effektiver Arten- und Biotopschutz hat erste Priorität.
- Kompetenzen zur Klimaforschung sind in Hamburg zu stärken.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Umweltpolitik erschöpft sich in Werbekampagnen. Die Zahl der Straßenbäume in Hamburg geht weiter zurück. Verkehrsplanung zerstört wertvolle Biotope.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die Umwelthauptstadt 2011 darf kein Marketingspektakel werden, sondern diese Auszeichnung muss Anlass für konkrete Vorhaben im Naturschutz und verbesserter Lebensqualität in Hamburg sein.
- Die biologische Vielfalt muss durch effektiven Arten- und Biotopschutz sowie durch wissenschaftlich untermauerte Effizienz bei der Vernetzung und Aufwertung von Lebensräumen erhalten werden.
- Die FDP fordert nachhaltige finanzierbare Bewirtschaftungskonzepte für Hamburgs Naturschutzgebiete zur Wahrung ihrer ökologischen Wertigkeit.
- Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt soll weniger Umweltmarketing betreiben, sondern konkrete Maßnahmen durchführen. Die Priorität muss bei praktischem Umwelt- und Naturschutz liegen und weniger in der Organisation von Projektgruppen.
- Hamburgs öffentliche Räume müssen grüner werden. Pflasterwüsten können Grünanlagen weichen, Straßenbäume müssen erhalten bzw. ersetzt werden.
- Hamburgs Standortvorteil für Umwelttechnikbetriebe ist zu sichern und auszubauen. Neben Firmensitzen müssen auch Forschung und Entwicklung sowie Fertigung nach Hamburg kommen. Eine noch engere Zusammenarbeit mit den Hamburger Universitäten ist anzustreben.
- Umweltbildung und Bürgerengagement für die Natur müssen gestärkt und die Voraussetzungen für Stiftungen im Umweltbereich verbessert werden.
- EU-Richtlinien zum Gewässer- und Lärmschutz müssen vertragsgemäß umgesetzt werden.
- Zur Verbesserung von Stadtklima und Luftqualität sind Bestrebungen zum Regenwassermanagement sowie Maßnahmen zur Dachbegrünung und Entsiegelung von Flächen zu verstärken.
- Das Werkzeug „Maßnahmenbevorratung (Ökokonto)“ muss in Hamburg verstärkt eingesetzt werden.
- Die Hamburg-nahen Kulturlandschaften der Vier- und Marschlande und der Hamburger Teil des Alten Landes müssen einen besonderen Schutzstatus erhalten.

- Das Staatsrätemodell zur Flächenbewertung bei Ausgleichsmaßnahmen muss überarbeitet werden.
- Die Nationalparkverwaltungen für das Deutsche Wattenmeer sollen aus Kosten- und Organisationsgründen zusammengelegt werden.
- Die führende Rolle Hamburger Institutionen bei der Klimaforschung ist weiterhin zu unterstützen. Die Prognosen sollen besonderes Augenmerk auf die Klimaentwicklung in den nächsten Jahrzehnten als Grundlage von Planungsprozessen in der Stadt Hamburg legen.

XI. Kultur

Aufgabe liberaler Kulturpolitik ist es, in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die für die Freiheit der Kultur nötigen Gestaltungsspielräume zu sichern.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Hamburg braucht eine verlässliche Kulturpolitik und einen kontinuierlichen Dialog mit den Kulturschaffenden.
- Ein tragfähiges Betreiberkonzept für die Elbphilharmonie.
- Mehr bürgerschaftliches Engagement und neue Ideen in der Stadtteilkultur.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Der Leuchtturm Elbphilharmonie erreicht bei den Kosten astronomische Höhen. Die Kulturpolitik ist Spielball von Machtinteressen. Die Sozio- und Stadtteilkultur werden in die Bedeutungslosigkeit gedrängt.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Unter Kultur verstehen die Liberalen sowohl die so genannte Hochkultur als auch die Popkultur und Phänomene unseres Alltags. Die FDP Hamburg steht daher für eine vielseitige Kulturförderung auf allen Ebenen künstlerischen, kulturellen Lebens in der Hansestadt, von Hochkultur bis Soziokultur, von Leuchtturmprojekt bis Stadtteilkultur.
- Hamburg ist in Deutschland die Stadt des herausragenden bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich und seit Jahrzehnten und Jahrhunderten eine der Kulturmetropolen Deutschlands. Vor diesem Hintergrund setzt sich die FDP Hamburg für eine Stärkung der kulturellen Identifikation seiner Bürger mit Hamburg ein.
- Die Zivilgesellschaft ist neben der öffentlichen Hand und der Wirtschaft gerade in Hamburg eine traditionell bedeutsamer Akteurin im Kulturbereich. Aus diesem Grund setzt sich die Hamburger FDP für die Bewahrung, die Stärkung und die Anerkennung des traditionell großen kulturellen bürgerschaftlichen Engagements in Hamburg ein.
- Die FDP Hamburg fordert eine Prioritätenverschiebung zugunsten der Kultur auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen und setzt sich für eine Trendwende bei der Entwicklung der Kulturausgaben ein. Vor diesem Hintergrund fordert die FDP die Erhöhung des Kulturetats im Hamburger Haushalt.
- Die FDP Hamburg fordert zudem die Entwicklung eines inhaltlichen sinnvollen und wirtschaftlich tragfähigen Konzepts für die Historischen Museen.
- Wir fordern ein wirtschaftlich tragfähiges Betreiberkonzept für die Elbphilharmonie.
- Die FDP Hamburg setzt sich für eine Intensivierung und verstärkte Förderung der kulturellen Bildung vor allem der Kinder und Jugendlichen ein. Kulturelle Bildung muss schon im Kindesalter ansetzen, um Kinder so früh wie möglich für Kultur zu sensibilisieren und zu begeistern.

- Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in Hamburg. Vor dem Hintergrund der Zukunftschancen dieses Wirtschaftssektors muss sich die Politik auch dafür einsetzen, dass der Kultur- und Kreativwirtschaft als Wachstumsmarkt optimale Rahmenbedingungen in Hamburg geboten werden.

XII. Medien

Liberale Medienpolitik hat das Ziel, eine vielfältige, offene und pluralistische Medien- und Informationsgesellschaft zu schaffen, an der alle Bürger in Freiheit und Verantwortung teilhaben können.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Verteidigung des Medienstandorts Hamburg
- Eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
- Stärkung der Medienkompetenz in der Bildung.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Standortpolitik des Senats ist gescheitert. Behördenwarrwarr bei der Zuständigkeit für Medienpolitik hat sehr geschadet.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die FDP Hamburg setzt sich dafür ein, dass Bildungsangebote, insbesondere im schulischen, im Ausbildungs- sowie im universitären Bereich, verstärkt auf die vernetzte Gesellschaft ausgerichtet werden. Die weitere Ansiedlung von Ausbildungseinrichtungen und Studiengängen im Medienbereich sollen gefördert werden.
- Kinder sollten bereits früh Medienkompetenz erwerben, um Medienangebote ihrem Alter gemäß kritisch nutzen zu können. Der Bereich der Medienkompetenzförderung soll nach Ansicht der FDP Hamburg jedoch nicht nur auf den schulischen Bereich beschränkt werden, sondern ebenso im Bereich der Berufsschulen, der Hochschulen und Universitäten sowie der Erwachsenenbildung verankert werden.
- Die FDP Hamburg verlangt eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Rundfunkanstalten sollen verantwortungsvoll mit den Gebühren der Bürger umgehen und ihrem verfassungsrechtlich verankerten Grundversorgungsauftrag gerecht werden.
- Zudem setzt sich die FDP Hamburg für eine Reform der Gebührenordnung ein. In einer sich technisch schnell entwickelnden Welt ist es gerechter und sinnvoller, die Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an die Person zu binden, z.B. durch eine allgemeine und pauschale Medienabgabe.
- Die FDP Hamburg spricht sich darüber hinaus gegen wirtschaftliche Beteiligungen von Parteien an Rundfunksendern, Zeitungsverlagen und anderen meinungsbildenden Medienunternehmen aus. Zumindest müssen unmittelbare Einflussnahmen ausgeschlossen und die transparente Kennzeichnung von Parteienbeteiligungen vorgeschrieben werden.

XIII. Sport

Sport ist in unserer technisierten Gesellschaft sowohl aufgrund seines Wertes in der Daseinsfürsorge als auch aufgrund seiner pädagogischen Wirkungen, seiner vitalen Funktionen und seiner sozialen Bindungskraft lebensnotwendig.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Für die dritte Sportstunde in den Schulen.
- Für eine dauerhafte Grundförderung des Hamburger Sports
- Für die Vorbereitung einer neuerlichen Olympia-Bewerbung Hamburgs.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Vision der Sportstadt Hamburg ist tot. Der Stellenwert des Sports an den Schulen ist noch immer unzureichend.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Die FDP fordert die Beibehaltung des Drei-Säulen-Modells zur Finanzierung des gemeinnützigen Sports in Hamburg, d.h. kostenlose Sportstättennutzung, Grundförderung für den Hamburger Sportbund bzw. für seine Mitgliedsverbände und -vereine sowie kostenlose Überlassung staatlicher Flächen für Vereinsbauten.
- Die FDP fordert die Realisierung der dritten Sportstunde in allen allgemeinbildenden Schulen in Hamburg.
- Die FDP fordert Intensive Anstrengungen um die Ausrichtung von spitzensportlichen Großveranstaltungen, da diese als Zugpferd für den Nachwuchs im Leistungssport sowie als Ziele für internationale Touristen und Unternehmen dienen.
- Hamburgs Kandidatur für die Sommerspiele 2012 hat gezeigt, welche Impulse und Begeisterung von einer solchen Bewerbung ausgehen können. Die FDP fordert deshalb für Hamburg eine mit dem DOSB abgestimmte neue Olympiabewerbung.
- Die FDP fordert die Nutzung der Ergebnisse des Sportentwicklungsplans, um ein Konzept für die Sportstadt Hamburg zu erstellen. Dieses Konzept dient als Wegweiser für die weitere Entwicklung des Leistungs- und Breitensports sowie für die Durchführung von Großveranstaltungen.
- Die FDP fordert die Weiterentwicklung des Sondervermögens Sport, damit zunehmend über private Initiativen die Sanierung und Instandhaltung der Sportstätten vorgenommen werden kann.

XIV. Gesundheit und Verbraucherschutz

FDP wählen bedeutet, weiterhin Ärzte und Krankenversicherungen selbst auswählen zu können.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Eine wohnortnahe medizinische Versorgung in den Stadtteilen.
- Neue Betreuungs- und Wohnformen in der Pflege.
- Bessere Transparenz bei den Leistungsangeboten der Krankenhäuser.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die flächendeckende ärztliche Versorgung ist in einigen Stadtteilen gefährdet. Die Qualität der Pflege ist insgesamt noch nicht zufriedenstellend. Die Qualität der erbrachten Leistungen in der Gesundheitsversorgung ist intransparent. Der freie Wettbewerb zwischen Krankenhäusern untereinander und dem ambulanten Bereich ist eingeschränkt.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Wir stehen für eine wohnortnahe qualitätsgesicherte, patientenorientierte und bedarfsgerechte medizinische Versorgung in allen Teilen der Stadt. Krankenhausnotaufnahmen ersetzen die niedergelassenen Ärzte nicht.
- Wir wollen eine hohe Qualität in der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Patienten. Die Bedingungen hierfür müssen ständig weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass die Patienten und ihre Angehörigen optimal beraten werden (u.a. in den Pflegestützpunkten).
- Wir wollen die Entbürokratisierung von Vorschriften für Arbeitsabläufe in Praxen, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die Prüfung von Behandlungsergebnissen soll im Vordergrund stehen und wir wollen die Prüfungskriterien und Ergebnisse transparent für den Bürger veröffentlichen lassen. Wir unterstützen die Wiedereinführung des Hamburger Krankenhausspiegels in seiner ursprünglich konzipierten Form.
- Wir wollen neue Betreuungs- und Wohnformen und die Nachbarschaftshilfe in der Pflege fördern.
- Wir wollen das stationäre und ambulante Hospizwesen räumlich und personell ausbauen.
- Wir wollen die freie Ausübung der Gesundheitsberufe und deren leistungsgerechte und transparente Vergütung sichern.
- Wir wollen die Metropolregion Hamburg als Medizinzentrum und Zentrum für Biowissenschaften weiter ausbauen. Hierzu gehört die Förderung einer Hochleistungsmedizin sowie der Forschung und Entwicklung im Bereich moderner medizinischer Diagnostik und Therapien, um Hamburg dadurch als überregionales Kompetenzzentrum zu stärken.
- Wir unterstützen die Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrische Medizin (Altersheilkunde) an der Universität Hamburg, um den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen.

- Wir wollen den Verbraucher durch frühzeitige Bildung, fachliche Informationen und Transparenz befähigen, Verbraucherinformationen zu suchen, zu verstehen und zu bewerten.
- Die FDP Hamburg hat die Gründung des "Beratungs- und Gesundheitszentrums St. Georg" im Jahre 2003 maßgeblich mit unterstützt. Dieses Projekt bietet besonders niedrigschwellige und gleichzeitig ausstiegsorientierte, vernetzte Angebote von ambulanten und stationären Hilfen. Das ist bundesweit einmalig und als zukunftsweisend zu bezeichnen.

Die FDP Hamburg fordert:

- die Ausdehnung der Hilfen für Drogenabhängige auf drogenabhängige schwangere Frauen. Die verstärkte Einbindung dieser Klientel in die Hilfsmaßnahmen würde eine Verminderung von Kindesvernachlässigung zur Folge haben.
- die Bereitstellung von integrierten Drogenkonsumräumen,
- die Beibehaltung der Heroinbehandlung von Schwerstabhängigen und ihre Übernahme in die krankenkassenfinanzierte Regelversorgung,
- den Ausbau der therapeutischen Jugendsuchtstation am UKE zur stationären Behandlung von minderjährigen Cannabis-Abhängigen,
- die Unterstützung der Tätigkeit des „Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters“ (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Angesichts der steigenden Vorfälle von sehr jungen Menschen mit massivem Alkoholkonsum benötigt Hamburg ein Forschungszentrum, um die Qualität der Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen mit fortgeschrittener Suchtgefährdung zu verbessern.

XV. Integration

Die FDP begrüßt die Vielfalt in unserer Metropole. Wir wollen die Integration unserer ausländischen Mitbürger beschleunigen.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Rechtsanspruch auf ein zügiges und transparentes Anerkennungsverfahren.
- Konsequentes Vorgehen gegen Zwangsheirat.
- Ausbau der frühkindlichen Bildung.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Verschiebung der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für fünf Betreuungsstunden ab dem Alter von zwei Jahren ist inakzeptabel. Damit hat der schwarz-grüne Senat seine integrationspolitischen Vorhaben bezüglich der frühkindlichen Bildung sträflich vernachlässigt.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Alle Zuwanderer sollen einen Rechtsanspruch auf ein transparentes Anerkennungsverfahren haben. Die dafür zuständigen Kammern und Behörden müssen die Anträge innerhalb von drei Monaten bearbeitet haben.
- Die FDP will die Zusammensetzung von Sprachkursen nicht nur nach den sprachlichen Vorkenntnissen der Teilnehmer sondern vor allem an dem Bildungsniveau orientieren, um eine Verbesserung der Ergebnisse zu erzielen.
- Ausländische Kinder und Jugendliche, deren Aufenthalt in Deutschland geduldet wird, sollen einen festen Aufenthaltsstatus erhalten, wenn sie schulisch integriert und strafrechtlich nicht auffällig sind.
- Die FDP fordert, konsequent gegen Zwangsheirat vorzugehen. Präventive Maßnahmen gegen Zwangsheirat sind verstärkt in den Schulen, in der Lehrerausbildung und in der offenen Kinder- und Jugendhilfe umzusetzen.
- An den Schulen sind die Projekte zur Sprachförderung von Eltern mit Migrationshintergrund auszubauen.
- Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für fünf Betreuungsstunden ab dem Alter von zwei Jahren muss umgehend eingeführt werden.
- Die FDP setzt sich für eine enge sozialräumliche Verzahnung und Kooperation der Stadtteilschulen mit den beruflichen Schulen, der Agentur für Arbeit und den Betrieben der Hamburger wie der regionalen Wirtschaft ein. Diese verfolgen das Ziel, Jugendliche mit Migrationshintergrund erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.
- Die FDP fordert eine konsequente Weiterverfolgung des Maßnahmenpakets „Übergang Schule-Beruf“, bei dem sich die Bildungsbehörde, die Handwerkskammer und einige Großbetriebe im Rahmen einer Kooperation in Hamburg dafür einsetzen, dass Schülern nach ihrem Abschluss oder Abgang eine Ausbildung angeboten wird.

XVI. Menschen mit Behinderung

FDP wählen bedeutet, für Menschen mit Behinderung die Voraussetzungen für die größtmögliche Mobilität und Selbstständigkeit zu schaffen.

Das Wichtigste in Kürze – dafür steht die FDP:

- Den barrierefreien Umbau von jährlich zehn Schnellbahnstationen.
- Verstärkte Inklusion von Kindern mit Behinderung.
- Die konsequente Umsetzung des persönlichen Budgets.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Der schwarz-grüne Senat hat im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung versagt. Der barrierefreie Umbau der Schnellbahnstationen wurde nur schleppend durchgeführt. Dabei ist Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr für die Mobilität der Menschen mit Behinderung existenziell.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Menschen mit Behinderung sind ein Teil unserer Gesellschaft und werden von ihr unterstützt. Dabei geht es der FDP nicht um eine allumfassende Versorgung, sondern um die Schaffung von Voraussetzungen zu größtmöglicher Selbstständigkeit.
- Der wichtigste Faktor für ein menschenwürdiges und möglichst selbstständiges Leben ist die Mobilität. Die FDP Hamburg fordert deshalb den umgehenden verstärkten barrierefreien Ausbau der Schnellbahnstationen in Hamburg. Pro Jahr sollen zehn Stationen barrierefrei umgebaut werden.
- Die FDP Hamburg fordert weiter
 - die verstärkte Einsetzung von Arbeitsassistenzen,
 - die konsequentere Umsetzung des persönlichen Budgets, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
 - die Vermeidung von zu hoher Arbeitsverdichtung in den stationären Einrichtungen bei der Umsetzung der geplanten Ambulantisierung,
 - vermehrt Angebote der Inklusion für Kinder mit Behinderung in Regelschulen.

XVII. Seniorenpolitik

Viele ältere Menschen in Deutschland sind aktiv und gesellschaftlich gut eingebunden. Sie erbringen eine Vielzahl freiwilliger Leistungen in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Gemeinden und sind damit eine wesentliche Säule in der Gesellschaft. Trotzdem bestehen gerade gegenüber älteren Menschen Vorurteile, die nicht selten zu Diskriminierungen aufgrund ihres Alters führen, wodurch sich ältere Menschen von gesellschaftlicher und politischer Teilnahme ausgeschlossen sehen.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Verwirklichung bedarfsgerechter neuer Wohnformen.
- Beschleunigter Umbau zu barrierefreien Schnellbahnstationen.
- Auf- und Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für Senioren auf kommunaler Ebene.

Unsere Forderungen im Überblick – dafür bitten wir um ihre Stimme:

- Die FDP setzt sich für den Aufbau von Engagement fördernden Strukturen, insbesondere für Informations- und Beratungsangebote auf kommunaler Ebene, wie z. B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Mehrgenerationenhäuser ein.
- Die FDP will neue Wohnformen verwirklichen, die die Selbstständigkeit, die gegenseitige Hilfe sowie nachbarschaftsbezogenes, generationenübergreifendes Zusammenleben und die professionelle Betreuung miteinander verbinden.
- Die FDP fordert den barrierefreien Umbau von zehn Schnellbahnstationen pro Jahr sowie die verstärkte barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden, Verkehrs-, Kultur- und sonstigen Einrichtungen.
- Kultur- und Freizeitangebote für ältere Menschen sind ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechend zu gestalten. Besonders ist dabei auf die Erreichbarkeit zu achten und der Zeitfaktor wie Jahres- und Tageszeit zu berücksichtigen.

XVIII. Hamburg in Europa und der Welt

Sie müssen die Hamburger FDP wählen, weil sie sich für eine weltoffene und tolerante Metropole einsetzt, die ihre Zukunft auf guten Beziehungen zu den Nachbarn und der Welt aufbaut.

Das Wichtigste in Kürze - dafür steht die FDP:

- Engere Zusammenarbeit der Länder in Norddeutschland.
- Verstärkte Kooperation im Ostseeraum.
- Bemühungen für ein höheres Gewicht Hamburgs bei der EU.

Das Erbe von Schwarz-Grün: Die Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarländern haben sich stark verschlechtert. Norddeutsche Interessen werden nicht ausreichend gemeinsam wahrgenommen. Hamburgs Gewicht im Bund und in der EU ist zu gering.

Unsere Forderungen im Überblick - dafür bitten wir um Ihre Stimme:

- Wir wollen die Beziehungen zu Niedersachsen wieder verbessern und Hamburgs politisches Gewicht in der Bundespolitik vergrößern.
- Wir wollen Hamburg zur ersten Wissenschafts-, Kultur- und Wirtschaftsmetropole des Ostseeraums machen und hierzu die Beziehungen und Kooperationen im Ostseeraum verstärken.
- Wir wollen uns für eine zügige Realisierung einer festen Fehmarn-Belt-Verbindung nach Skandinavien einsetzen, damit die gewachsenen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zu den Menschen in Skandinavien noch weiter verstärkt werden zum Vorteil Hamburgs als Metropolregion.
- Wir wollen ein effektives Frühwarnsystem hinsichtlich der Hamburg betreffenden Verordnungen der EU etablieren, um rechtzeitig korrigierend einwirken zu können.
- Das Hanse-Office in Brüssel muss zur Wahrung der norddeutschen Interessen gestärkt werden.
- Wir wollen die Fähigkeiten und Kenntnisse von Mitbürgern ausländischer Herkunft nicht nur für Hamburg nutzen, sondern ihnen auch dabei helfen, ihre Herkunftsländer weiterzuentwickeln.
- Wir wollen die Menschenrechte, den kulturellen Austausch und den freien und fairen Handel als Entwicklungsmotor für bessere Lebensbedingungen der Menschen überall in der Welt unterstützen und fördern.
- Wir wollen die Beziehungen zu den bestehenden Städtepartnerschaften zuerst intensivieren, anstatt inflationär neue einzugehen.
- Wir wollen Hamburgs politische, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Vernetzung nach Lateinamerika, Ostasien und den Mittelmeerraum neben der Ostseevernetzung weiter vorantreiben.